



Februar 2026

Adrian Grasse, MdB

NEWSLETTER AUS DEM BUNDESTAG

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Steglitz-Zehlendorfer,**

was für ein Start ins neue Jahr: Der linksterroristische Anschlag auf die Stromversorgung im Berliner Südwesten war nicht nur eine extreme Belastung für tausende betroffene Haushalte und Betriebe, sondern hat uns allen auch vor Augen geführt, wie verletzlich unsere kritische Infrastruktur ist. Versorgungssicherheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie erfordert Vorsorge, aktiven Schutz und entschlossenes politisches Handeln. Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen (KRITIS-Dachgesetz) ist auf Bundesebene ein erster wichtiger Schritt getan. Gesetzestexte allein schützen aber noch keine Infrastruktur. Jetzt kommt es darauf an, die Vorgaben konsequent umzusetzen und durch weitere Maßnahmen zu flankieren.

Das Jahr 2026 wird entscheidend dafür sein, Deutschland wirtschaftlich wieder auf Wachstumskurs zu bringen. In einer Welt, die zunehmend von Großmachtsstreben und geopolitischen Spannungen geprägt ist, benötigen wir mehr denn je eine starke Europäische Union, nicht nur als Wertegemeinschaft, sondern auch als wirtschaftliche Kraft. Deshalb war die Blockade des Mercosur-Abkommens im EU-Parlament durch die Grünen, gemeinsam mit der AfD und den Linken, ein fatales Signal. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten sind offene Märkte, verlässliche Partnerschaften und strategische Handelsabkommen unverzichtbar. Wer ernsthaft über Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit spricht, darf sich im entscheidenden Moment nicht wegducken. Verantwortungslosigkeit ist kein Wirtschaftsprogramm.

Worauf es jetzt wirklich ankommt, sind mutige strukturelle Reformen, die vor allem unseren Mittelstand stärken und Bürokratie sowohl für Unternehmen als auch für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land

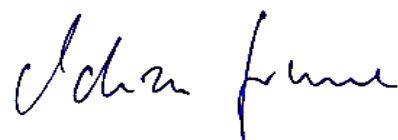
spürbar abbauen. Gleichzeitig müssen wir gezielt in unsere Infrastruktur sowie in Forschung und Digitalisierung investieren und unseren Sozialstaat so modernisieren, dass Leistung wieder gefördert und belohnt wird.

In diesem Zusammenhang brauchen wir auch eine ehrliche Debatte über die hohe Teilzeitquote in Deutschland. Gerade Familien, Alleinerziehende und pflegende Angehörige sind auf flexible Arbeitsmodelle angewiesen. Gleichzeitig müssen wir uns angesichts von Fachkräftemangel, demografischem Wandel und schwachem Wachstum der wirtschaftlichen Realität stellen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird in den kommenden Jahren weiter zurückgehen. Wenn wir unseren Lebensstandard sichern und unsere Wettbewerbsfähigkeit erhalten wollen, dann muss in unserem Land wieder mehr gearbeitet werden. Auch ein dynamisiertes Renteneintrittsalter, das die steigende Lebenserwartung berücksichtigt, sollte kein Tabu sein. Wohlstand entsteht nicht von selbst, sondern durch wirtschaftliche Anstrengung und Leistung, für die es stärkere Anreize braucht.

Unser Ziel muss sein, Deutschland in Europa und weltweit dauerhaft unabhängig, wettbewerbsfähig und resilient aufzustellen. Dabei ist unsere wirtschaftliche Stärke die Grundlage für politische Handlungsfreiheit, sichere Arbeitsplätze und den Erhalt unseres Wohlstands.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre meines Newsletters.

Herzliche Grüße
Ihr



Linksterroristischer Brandanschlag auf die Stromversorgung in Steglitz-Zehlendorf



Am 3. Januar 2026 führte der linksterroristische Brandanschlag auf eine Kabelbrücke im Berliner Südwesten zu einem der größten Stromausfälle in der Geschichte der Hauptstadt. Rund 45.000 Haushalte und 2.200 Betriebe im Bereich Nikolassee, Zehlendorf, Wannsee und Lichterfelde waren mehrere Tage ohne Stromversorgung, Heizung, Internet und Telefon. Die Betroffenen mussten die Folgen des Anschlags unter extremen Witterungsbedingungen tragen.

Der Anschlag auf die Stromversorgung im Bezirk hat gezeigt, wie verwundbar unsere kritische Infrastruktur ist und dass wir zukünftig einen Plan B brauchen, um Versorgungssicherheit und den Schutz der Bevölkerung auch in Krisenzeiten zu gewährleisten. Zu Recht haben die Ereignisse auf allen politischen Ebenen einen Anstoß für konkrete Verbesserungen gegeben, die – so ehrlich müssen wir sein – überfällig waren.

Eines hat sich in der Krise gezeigt: Wenn es darauf ankommt, sind die Menschen vor Ort füreinander da. Ehrenamtliche Initiativen, praktische Nachbarschaftshilfe oder lokale Unterstützungsangebote: Man musste nicht lange suchen, wenn man sein Mobiltelefon aufladen wollte, eine Notunterkunft benötigte oder sich informieren wollte. Auch die CDU war vom ersten Tag an vor Ort, um dazu beizutragen, dass die Betroffenen unkompliziert Unterstützung fanden und zumindest die Grundversorgung in den ersten Tagen sichergestellt war.

Die Täter des Anschlags sind bislang noch nicht gefasst. Das Bekennerschreiben der sogenannten Vulkangruppe, die vom Berliner Verfassungsschutz dem linksextremistischen anarchistischen Spektrum zugeordnet wird, wurde von den Sicherheitsbehörden des Landes Berlin und des Bundes als authentisch einge-

stuft. Die Tat ist damit der vorläufige Höhepunkt einer Reihe von Brandanschlägen der Vulkangruppe auf neuralgische Punkte der Infrastruktur.

Der Anschlag auf das Stromnetz der Hauptstadt hat nicht nur in Berlin, sondern bundesweit Diskussionen über den Schutz unserer kritischen Infrastruktur ausgelöst. Einige Maßnahmen wurden seither bereits auf den Weg gebracht. So hat der Bundestag am 29. Januar nach einstündiger Aussprache den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022 / 2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen“ (KRITIS-Dachgesetz) in der vom Innenausschuss geänderten Fassung angenommen, der einen bundesweit einheitlichen Rechtsrahmen zur Stärkung der Resilienz kritischer Infrastrukturen wie Energie, Wasser oder Kommunikationsnetzen bildet. Das Gesetz setzt EU-Vorgaben zur Resilienz um und führt Mindeststandards für physische Schutzmaßnahmen, Risikoanalysen sowie Meldepflichten bei Störungen ein. Gleichzeitig wurde im parlamentarischen Verfahren die Debatte um Transparenzpflichten ergänzt, um sensible technische Informationen nur so weit wie nötig zugänglich zu machen und so Angriffsflächen zu reduzieren.



Zudem hat Bundesinnenminister Alexander Dobrindt umfassende Initiativen angekündigt, um den Kampf gegen linksextremistische Gewalt zu verschärfen. Dazu zählen die personelle und organisatorische Stärkung der Nachrichtendienste, neue digitale Ermittlungsbefugnisse und eine verstärkte Observation radikaler Strukturen. Ziel ist es, linksterroristische Anschläge wie den in Steglitz-Zehlendorf möglichst frühzeitig zu verhindern und bereits begangene Taten schneller aufzuklären.

Auch auf Landesebene hat der CDU-geführte Berliner Senat mehrere Schritte eingeleitet, um die Krisenfestig-

keit der Hauptstadt zu verbessern: Eine Expertenkommission mit Fachleuten aus Bevölkerungsschutz, Gesundheitswesen und technischen Bereichen soll bis Mai dieses Jahres Empfehlungen erarbeiten, wie der Schutz kritischer Infrastruktur und die Reaktion auf Großstörungen optimiert werden können. Darüber hinaus sind konkrete Maßnahmen wie ein zentrales Notfallregister für Versorgungsstörungen und eine verbesserte Koordination zwischen Behörden und Hilfsorganisationen angekündigt worden, um im Krisenfall schneller unterstützen zu können.

Egal ob Störungen oder Ausfälle auf Sabotage, Terroranschläge oder Naturkatastrophen zurückzuführen sind: Die kritische Infrastruktur in Deutschland muss besser geschützt werden. Von der Strom- und Wasserversorgung über die Ernährung bis zum Zahlungsverkehr – es braucht einen Plan B.

<https://www.bild.de/news/inland/herausgeber-ulf-poschardt-ueber-den-berliner-blackout-im-dunkeln-sind-alle-gleich-695a05f8f6fc544dba9bbcc7>

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/039/2103906.pdf>

Aktuelle Stunde zum Anschlag auf die Stromversorgung



In der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages zum Anschlag auf die Stromversorgung im Berliner Südwesten durfte auch Adrian Grasse für die CDU/CSU-Fraktion im Plenum sprechen. Den großflächigen Stromausfall in seinem Wahlkreis Berlin Steglitz-Zehlendorf verurteilte er als gezielten linksterroristischen Anschlag auf die kritische Infrastruktur auf das Schärfste. In seiner Rede machte er deutlich, dass der Anschlag auf die Kabelbrücke am Teltowkanal bewusst die Gesundheit und das Leben von über 100.000 Menschen sowie die Existenz von mehr als

2.200 Betrieben gefährdet habe, unter extremen Witterungsbedingungen mit eisiger Kälte, ohne Strom, Mobilfunk und Heizung.

Adrian Grasse warnte eindringlich davor, die Tat zu relativieren oder zu verklären, und forderte eine konsequente strafrechtliche Verfolgung der Täter. Zugleich dankte er dem Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) für dessen Ankündigung, mit allen Mitteln des Rechtsstaates gegen Linksterrorismus vorzugehen.



Er würdigte auch den schnellen und entschlossenen Einsatz der zahlreichen Hilfs- und Rettungskräfte. Polizei, Feuerwehr, THW, DRK, Johanniter und viele weitere Ehrenamtliche hätten über Tage und Nächte Außergewöhnliches geleistet. Notunterkünfte seien eingerichtet, Krankenhäuser unterstützt und Pflegeheime teilweise evakuiert worden. Besonderen Dank sprach Adrian Grasse der Charité um ihren Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Heyo Kroemer aus. Das Universitätsklinikum hatte sowohl medizinisch als auch organisatorisch eine zentrale Rolle im Krisenstab übernommen.

Die Ausrufung der Großschadenslage sei ein entscheidender Schritt gewesen, um die Bundeswehr in die Krisenbewältigung einzubinden. Die Unterstützung durch die Bundeswehr sei Ausdruck staatlicher Verantwortung und müsse als selbstverständlicher Teil des innerstaatlichen Krisenmanagements anerkannt werden.

Positiv hob Adrian Grasse hervor, dass die Stromversorgung dank des Einsatzes von Stromnetz Berlin und der beteiligten Unternehmen sogar früher als geplant wiederhergestellt werden konnte. Trotz des Versuchs, Angst zu schüren und die Gesellschaft zu spalten, sei der Anschlag letztlich gescheitert. Die Menschen hätten Zusammenhalt und Solidarität gezeigt, sowohl im Wahlkreis selbst als auch durch Unterstützung aus anderen Bundesländern, etwa durch die Bereitstellung von Generatoren aus Nordrhein-Westfalen.

Zum Schluss seiner Rede zeigte sich Adrian Grasse dankbar für die bundesweite Hilfe und zugleich stolz auf die Menschen in Steglitz-Zehlendorf, denn in der Krise habe sich sowohl gesellschaftlicher Zusammenhalt als auch gelebte Nachbarschaftshilfe gezeigt.

Rede von Adrian Grasse in der Aktuellen Stunde:

<https://www.bundestag.de/mediathek/video?video-id=7647356>

Jens Spahn in der AG Forschung, Technologie und Raumfahrt



Foto: © Michael Wittig, CDU/CSU Bundestagsfraktion

Zu einem offenen und intensiven Austausch war Jens Spahn, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, vor kurzem zu Gast in der AG Forschung, Technologie und Raumfahrt. Gegenüber den Mitgliedern der Arbeitsgruppe hat er deutlich gemacht, wie wichtig eine verlässliche forschungs- und technologiepolitische Agenda für die Zukunft unseres Landes ist. Im Mittelpunkt der Diskussion standen zentrale Koalitionsvorhaben wie die Hightech Agenda der Bundesregierung (HTAD) und das Innovationsfreiheitsgesetz (InnoFG). Auch die Nationale Dekade für postinfektiöse Krankheiten stand auf der Agenda, mit der von 2026 bis 2036 rund 500 Millionen Euro investiert werden, um Ursachen, Krankheitsmechanismen sowie neue Diagnose- und Therapieansätze für Krankheiten wie Long COVID und verwandte Erkrankungen voranzubringen. Bereits im Jahr 2026 stehen 50 Millionen Euro bereit, um neue Forschungsstrukturen, moderne biomedizinische Technik und nationale Dateninfrastrukturen aufzubauen.

Ein weiteres Diskussionsthema war der wachsende Antisemitismus im Umfeld unserer Hochschulen. Für die Union ist klar: Jüdisches Leben gehört zu Deutschland. Angriffe auf jüdisches Leben sind Angriffe auf die Grundwerte unseres Landes. Jens Spahn machte deutlich, dass es

nicht bei klaren Worten bleiben darf, sondern entschlossenes und konkretes Handeln erforderlich ist. Dazu zählen ein konsequentes Vorgehen des Rechtsstaats ebenso wie eine starke Bildungs- und Präventionsarbeit. Mit dem Koalitionsvorhaben des Aufbaus eines Kompetenznetzwerks für jüdische Gegenwartsforschung, dessen Umsetzung Adrian Grasse als Berichterstatter für die CDU/CSU-Fraktion eng begleitet, wird ein wichtiger Beitrag geleistet, um Wissen zu vertiefen, Vorurteile abzubauen und jüdisches Leben sichtbar zu stärken. Bis Mitte des Jahres wird das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) hierfür ein Konzept erarbeiten.

Der Besuch des Fraktionsvorsitzenden in der AG unterstrich die große Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die Arbeit der CDU/CSU-Fraktion. Der gezielte Abbau von Bürokratie soll Forscherinnen und Forschern mehr Freiräume geben und Innovation erleichtern. Ziel ist es, Exzellenz in der Wissenschaft zu fördern und damit die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit Deutschlands nachhaltig zu stärken. Jens Spahn sicherte den Mitgliedern der AG hierfür seine volle Unterstützung zu.

Mehr Freiheit für Forschung im Wettbewerb um Talente: Flexibilisierung des Besserstellungsverbots für Forschungseinrichtungen beschlossen



Foto: © Michael Wittig, CDU/CSU Bundestagsfraktion

Gute Nachrichten gab es gleich zu Beginn des neuen Jahres für alle projektgeförderten, gemeinnützigen Forschungseinrichtungen: Die unionsgeführte Bundesregierung hat den vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) vorgelegten Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes (WissFG) im Kabinett beschlossen. Für projektgeförderte, gemeinnützige Forschungseinrichtungen, die sich auf Förderprogramme des Bundes be-

werben wollen, gilt zukünftig eine Ausnahme vom sogenannten Besserstellungsverbot. Sie erhalten durch die Gesetzesänderung die Möglichkeit, Top-Forscherinnen und -Forschern mehr Gehalt zu zahlen.

Die Flexibilisierung des Besserstellungsverbots ist ein wichtiger Schritt hin zu modernen Rahmenbedingungen für die Wissenschaft in Deutschland. Sie geht zurück auf eine Initiative von CDU und CSU, die bereits zu Oppositionszeiten einen entsprechenden Antrag ins Parlament eingebracht hatten, um Bürokratie abzubauen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken.

Gerade im globalen Wettbewerb um hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler braucht Deutschland starke Forschungseinrichtungen. Das Besserstellungsverbot war für viele gemeinnützige Institute bisher jedoch ein zentrales Hemmnis. Einrichtungen, die überwiegend öffentliche Mittel erhalten, durften ihre Beschäftigten nicht besser vergüten als vergleichbare Bundesbedienstete. Gerade für nicht institutionell vom Bund geförderte Forschungseinrichtungen führte dies zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen bei der Personalgewinnung.

Mit der nun beschlossenen Novellierung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes ist nicht nur ein wichtiger Schritt zur Modernisierung des Wissenschaftsrechts getan, sondern auch ein wesentlicher Punkt des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD umgesetzt. Die Rahmenbedingungen für Wissenschaft, Forschung und Innovation in Deutschland werden verbessert:

- Gemeinnützige Forschungseinrichtungen können im Wettbewerb um Spitzenkräfte endlich mit attraktiven Arbeitsbedingungen konkurrieren. Das stärkt den Forschungsstandort Deutschland.
- Durch die gesetzliche Klarstellung müssen keine Einzelanträge mehr auf Prüfung einer Ausnahme vom Besserstellungsverbot gestellt werden. Das ist ein wichtiger Schritt zum Abbau von Bürokratie.
- Eine größere Flexibilität bei Gehältern und Rahmenbedingungen hilft insbesondere bei der Gewinnung internationaler Talente und stärkt somit auch die Innovationskraft unseres Forschungsstandortes.
- Einrichtungen, die nicht institutionell vom Bund gefördert werden, sind nun nicht länger strukturell benachteiligt, sondern erhalten faire Chancen im internationalen Wettbewerb.

<https://www.bmfr.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2026/01/210126-WissFG.html>

Unternehmensbesuch bei der Bayer AG



Im Januar besuchte Adrian Grasse die globale Unternehmenszentrale der Division Pharmaceuticals der Bayer AG in der Müllerstraße in Berlin Mitte, einem der wichtigsten Forschungs- und Produktionsstandorte des Konzerns. Mit rund 5.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gehört der Standort zu den größten privaten Arbeitgebern der Hauptstadt.

Im Gespräch mit Stefan Oelrich, Mitglied des Vorstands der Bayer AG und Präsident der Division Pharmaceuticals, diskutierte Adrian Grasse zentrale Zukunftsfragen der Innovations- und Forschungslandschaft: die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Deutschland sowie die wachsenden geopolitischen Herausforderungen für international agierende Unternehmen. Klar ist, dass verlässliche und innovationsfreundliche Rah-

menbedingungen für Start-ups, Forschung und industrielle Wertschöpfung für den dauerhaften Erfolg deutscher Unternehmen Voraussetzung sind. Gleichzeitig gilt es, mehr industrielle Souveränität und europäische Zusammenarbeit anzustreben, anstatt auf ungebremschte Globalisierung und Abhängigkeiten zu setzen.



Die anschließende Werksführung durch die Bereiche Compound Management, Kontrastmittelforschung und Versuchstierhaltung hat deutlich gemacht, wie eng wissenschaftliche Exzellenz, unternehmerisches Engagement und politische Gestaltungskraft zusammenhängen. Spitzenforschung wird nicht nur im Labor sichtbar, sondern auch in wirtschaftlichem Erfolg und medizinischem Nutzen. Die Chancen und Herausforderungen moderner biomedizinischer Forschung, einschließlich der verantwortungsvollen Tierversuchsforschung, verdeutlichten, wie sehr Innovation heute von Standortpolitik, Regulierung und internationaler Handlungsfähigkeit abhängt.

Ein weiterer Schwerpunkt des Besuchs war die Zusammenarbeit von Bayer mit der Charité - Universitätsmedizin Berlin und dem Berlin Institute of Health (BIH) beim Aufbau des Translationszentrums für Gen- und Zelltherapien (BC GCT), die unsere Hauptstadt als Teil der High-tech Agenda der Bundesregierung (HTAD) und öffentlich-private Kooperation (ÖPP) zu einem echten Hotspot für die Entwicklung innovativer Therapien machen soll. Ziel ist es, bahnbrechende Technologien aus der Grundlagenforschung schneller in konkrete Behandlungsmöglichkeiten zu überführen, die Biotech-Szene zu stärken und Berlin als führenden Life-Science-Standort weiter zu etablieren. Das Potenzial dieser Verfahren ist sowohl für

Patientinnen und Patienten als auch für die Wettbewerbsfähigkeit des Innovationsstandorts erheblich.

Adrian Grasse dankte Stefan Oelrich für sein großes Engagement. Dessen persönlicher Einsatz für Berlin und für die Zusammenarbeit von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft macht deutlich, wie wichtig Führungspersonlichkeiten sind, die sowohl global denken als auch vor Ort Verantwortung übernehmen

Treffen der Parlamentariergruppe mit der rumänischen Botschafterin



Im Rahmen eines Treffens der Parlamentariergruppe Bulgarien–Moldau–Rumänien hatte Adrian Grasse Anfang des Jahres gemeinsam mit seinem Bundestagskollegen Joachim Ebmeyer die Gelegenheit zu einem intensiven Austausch mit der rumänischen Botschafterin Adriana-Loreta Stănescu.

Im Mittelpunkt des Gesprächs mit der Botschafterin standen die aktuellen politischen Entwicklungen in der Region, die enge parlamentarische Zusammenarbeit sowie die Rolle Deutschlands als verlässlicher Partner in Europa. Dabei ging es insbesondere um die wirtschaftlichen Herausforderungen Rumäniens, den angestrebten OECD-Beitritt, die starke Unterstützung der Ukraine sowie die erfolgreiche Kooperation in den Bereichen Energie und Verteidigung.

Die Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages leisten einen wichtigen Beitrag zur deutschen Außenpolitik. Sie dienen als parlamentarische Dialogforen, vertiefen bilaterale und regionale Beziehungen, begleiten außenpolitische Prozesse und stärken den Austausch zwischen Abgeordneten, Regierungen und Zivilgesellschaften der beteiligten Staaten.

Mit Joachim Ebmeyer ist ein Fraktionskollege von Adrian Grasse Mitglied der Parlamentariergruppe, mit dem ihn nicht nur eine vertrauensvolle Zusammenarbeit im Fachausschuss sowie die Leidenschaft für Wissenschaft, Forschung und Innovation verbinden, sondern auch das gemeinsame Interesse an einer starken deutsch-rumänischen Partnerschaft.

Gerade in bewegten Zeiten gilt: Internationale Verständigung, stabile Partnerschaften und der persönliche Austausch sind wichtiger denn je.

Austausch zur Forschungssicherheit am Zentrum für Materialwissenschaften der Humboldt-Universität in Adlershof



Im Januar besuchte Adrian Grasse den Zukunftsstandort Adlershof. Am dortigen Center for the Science of Materials Berlin (CSMB) der Humboldt-Universität zu Berlin, einem interdisziplinären Forschungszentrum, arbeiten Natur- und Ingenieurwissenschaften eng zusammen, um neue Materialien mit maßgeschneiderten Eigenschaften zu entwickeln. Dabei bildet die Forschung eine zentrale Grundlage für technologische Innovationen, etwa in den Bereichen Energie, Digitalisierung, Medizintechnik und nachhaltige Produktion.

Im Austausch mit der Präsidentin der Humboldt-Universität, Prof. Dr. Julia von Blumenthal, dem Dekan Prof. Dr. Emil List-Kratochvil sowie dem Prodekan für Forschung, Prof. Dr. Ulf Leser, ging es insbesondere um die strate-

gische Weiterentwicklung des Standorts und die Bedeutung exzellenter Forschungsinfrastrukturen für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Berlin.

Für Adrian Grasse hatte der Besuch auch eine persönliche Dimension, denn die Humboldt-Universität ist seine Alma Mater. In der Diskussion hob er hervor, wie wichtig es ist, Spitzenforschung nicht nur ideell, sondern auch strukturell zu stärken und langfristig abzusichern. Adlershof ist für Adrian Grasse in mehrfacher Hinsicht ein zentraler Ort: Als Teil seines Betreuungswahlkreises Trepow-Köpenick und zugleich als einer der leistungsfähigsten Forschungs- und Innovationsstandorte Deutschlands steht der Wissenschafts- und Technologiepark exemplarisch für erfolgreichen Wissenstransfer. Hier arbeiten Forschungseinrichtungen, Universitäten und Unternehmen eng zusammen, hier entstehen Ausgründungen und Start-ups, und hier werden wissenschaftliche Erkenntnisse in marktfähige Anwendungen überführt.

Ein besonderer Schwerpunkt des Gesprächs lag auf dem Thema Forschungssicherheit und Resilienz kritischer Infrastrukturen. Denn auch Adlershof und das CSMB waren bereits im Jahr 2025 von einem Stromausfall betroffen, der weitreichende Auswirkungen für den Forschungsbetrieb hatte: Labore mussten heruntergefahren, sensible Experimente unterbrochen und aufwendige Messreihen teilweise abgebrochen werden. Solche Vorfälle machen deutlich, wie abhängig moderne Spitzenforschung von einer stabilen und sicheren Energieversorgung ist.

Auch dieser Vorfall macht deutlich, wie wichtig präventive Schutzmaßnahmen, Notfallkonzepte und redundante Versorgungssysteme für Forschungsstandorte sind. Forschungseinrichtungen wie das CSMB benötigen verlässliche Rahmenbedingungen, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und Schäden für Wissenschaft, Wirtschaft und Innovation zu vermeiden.

Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich unter anderem mit dem Innovationsfreiheitsgesetz im Bund dafür ein, Synergien exzellenter Forschung und unternehmerischer Freiheit zukünftig stärker zu fördern und für mehr Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und gute Arbeitsplätze zu sorgen. Für uns ist klar: Es braucht keine staatliche Detailsteuerung, sondern verlässliche, sichere und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen, insbesondere für zentrale Zukunftsstandorte wie Adlershof.

<https://csmb.hu-berlin.de/>

#WeRemember - Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Am 27. Januar jährte sich die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz zum 81. Mal. Wie kaum ein anderer Ort steht Auschwitz für das dunkelste Kapitel der Menschheitsgeschichte: die grausamen Verbrechen der NS-Zeit und die unvorstellbaren Schrecken der Shoah.

Auch in diesem Jahr hat sich der Deutsche Bundestag zu diesem Anlass an der internationalen Gedenkkampagne #WeRemember des Jüdischen Weltkongresses und UNESCO beteiligt und im Rahmen einer Gedenkveranstaltung an die über sechs Millionen jüdischen Frauen, Männer und Kinder erinnert, die während der NS-Zeit entrechtet, beraubt, vertrieben und ermordet wurden.

Auch Adrian Grasse hat am Stelenfeld des Denkmals für die ermordeten Juden Europas mitten in Berlin in Erinnerung an die Opfer des NS-Terrors ein Zeichen gegen Hass, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit gesetzt. Das Gedenken an die Opfer des Holocausts ist untrennbar mit unserer Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft verbunden, die in der aktuellen politischen Lage besondere Bedeutung gewinnt. Angesichts wachsender extremistischer Strömungen, antisemitischer Übergriffe und der zunehmenden Polarisierung in der Gesellschaft müssen wir wachsam bleiben. Mehr denn je gilt: Nur wer die Vergangenheit kennt und die richtigen Lehren aus ihr zieht, kann die Zukunft zum Positiven gestalten.



<https://weremember.worldjewishcongress.org/>

Im Gespräch mit der Wübben Stiftung Wissenschaft



Im Januar empfing Adrian Grasse die Geschäftsführerin der Wübben Stiftung Wissenschaft, Dr. Marion Müller, in seinem Büro im Deutschen Bundestag. Die private Wissenschaftsstiftung mit Sitz in Berlin wurde 2023 gegründet und versteht sich als strategischer Partner für die Universitäten mit dem Ziel, Deutschland als exzellenten und international sichtbaren Forschungsstandort zu stärken. Im Mittelpunkt der Aktivitäten der privaten Stiftung steht die Förderung wissenschaftlicher Talente auf verschiedenen Karrierestufen mit einem klaren Fokus auf herausragende Leistungen und internationale Exzellenz.

Im Austausch wurde deutlich, wie wichtig es gerade in Zeiten geopolitischer Herausforderungen ist, Forscherinnen und Forscher über verschiedene Karrierewege hinweg – vom Studium über die Postdoc-Phase bis hin zur Professur – gezielt zu unterstützen und so Impulse für Innovationen und internationale Zusammenarbeit zu setzen.

Das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) setzt sich unter anderem mit dem Programm 1.000-Köpfe-Plus dafür ein, dass Deutschland auch weiterhin ein attraktives Zielland mit vielfältigen Karriereperspektiven für internationale Forscherinnen und Forscher bleibt. Im Rahmen des Programms werden bestehende Förderangebote deutscher Wissenschaftsor-

ganisationen wie der Alexander von Humboldt-Stiftung, der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) ausgebaut und um weitere Programmlinien ergänzt.

<https://www.wuebben-stiftung-wissenschaft.org/startseite>

Helmholtz-Präsident Prof. Dr. Keller in der AG Forschung, Technologie und Raumfahrt



Foto: ©Michael Wittig, CDU/CSU Bundestagsfraktion

Zu Beginn des Jahres 2026 begrüßte die AG Forschung, Technologie und Raumfahrt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Prof. Dr. Martin Keller, den Präsidenten der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), zu einem spannenden Austausch über die aktuellen Herausforderungen der Wissenschaftspolitik.

Die Helmholtz-Gemeinschaft ist mit ihren 18 Forschungszentren und über 40.000 Beschäftigten die größte Wissenschaftsorganisation Deutschlands. Sie steht für Spitzenforschung in strategisch wichtigen Bereichen wie Energie, Gesundheit, Klima, Erde und Umwelt, Luft- und Raumfahrt sowie Schlüsseltechnologien. Ziel der Helmholtz-Zentren ist es, durch exzellente Forschung Antworten auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu geben und Innovationen in die Anwendung zu bringen. Der jährliche Etat der HGF liegt bei insgesamt 6,5 Milliarden Euro, davon 3,1 Milliarden aus Bundesmitteln.

Deutlich wurde im Gespräch: Internationale Wettbewerbsfähigkeit erfordert moderne, verlässliche und in-

novationsfreundliche Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung. Prof. Keller, der über drei Jahrzehnte in den USA in wissenschaftlichen und leitenden Funktionen tätig war, machte klar, dass Deutschland im globalen Wettbewerb schneller, klarer und mutiger werden müsse. Forschung müsse stärker dazu beitragen, Erkenntnisse zügig in Innovationen zu überführen und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie nachhaltig zu sichern. Ein zentraler Punkt der Diskussion war die Notwendigkeit eines eigenständigen Tierversuchsforschungsgesetzes. Dieses soll Rechtssicherheit schaffen, Verfahren bundesweit harmonisieren und Genehmigungen deutlich beschleunigen. Nur so könne verhindert werden, dass exzellente Forschungsprojekte und Spitzenwissenschaftler ins Ausland abwandern. Das Vorhaben ist Teil des geplanten Innovationsfreiheitsgesetzes, mit dem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Forschungsstandort Deutschland gezielt von unnötiger Bürokratie entlasten will.

Auch internationale Kooperationen spielten im Austausch eine wichtige Rolle, denn Forschung lebt vom Dialog und der Zusammenarbeit über Grenzen hinweg. Gleichzeitig wurde betont, dass diese Offenheit klare Leitplanken und einen wirksamen Schutz von geistigem Eigentum und sicherheitsrelevantem Know-how erfordert.

Das gemeinsame Ziel bleibt es, die Freiheit der Forschung zu sichern, Verantwortung konsequent wahrzunehmen und die Innovationskraft Deutschlands langfristig zu stärken.



Foto: ©Michael Wittig, CDU/CSU Bundestagsfraktion

<https://www.jmwiarda.de/blog/2026/01/20/ein-koalitionsversprechen-drei-ministerien-viele-fragen>

Besuch im Botanischen Garten in Lichterfelde



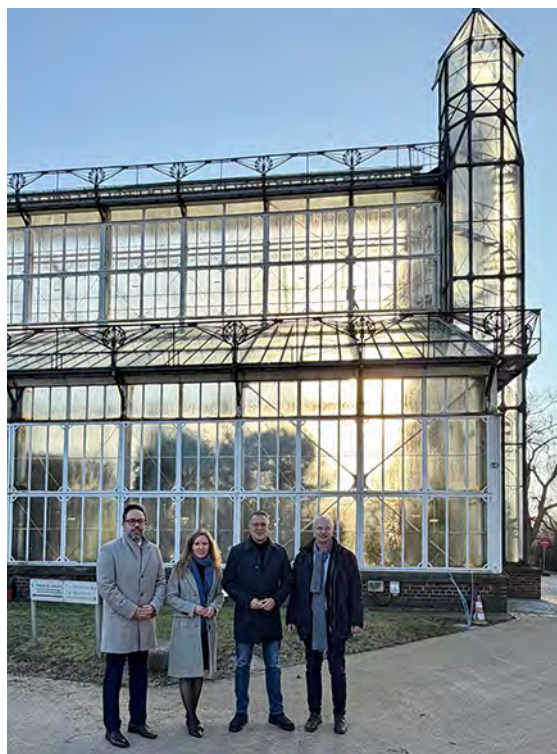
Gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Otilie Klein, die zugleich Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kultur und Medien ist, sowie Jens Hoffmann, Vorsitzender der CDU Lichterfelde und Kandidat für das Berliner Abgeordnetenhaus, besuchte Adrian Grasse im Januar den Botanischen Garten in seinem Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf.

Der Botanische Garten zählt jährlich fast 400.000 Besucherinnen und Besucher aus Berlin und aller Welt. Mit über 20.000 Pflanzenarten und einer der größten botanischen Sammlungen weltweit ist er nicht nur ein Aushängeschild der Hauptstadt, sondern auch ein zentraler Ort für internationale Spitzenforschung, Lehre und Wissensvermittlung. Als Teil der Freien Universität Berlin leistet der Botanische Garten einen wichtigen Beitrag für den Wissenschafts- und Forschungsstandort Berlin. Zugleich ist er ein lebendiges Archiv der Pflanzenwelt, ein außerschulischer Lernort für Schülerinnen und Schüler sowie ein bedeutender Kultur- und Erholungsort für die Stadtgesellschaft.

Im Austausch mit Prof. Dr. Thomas Borsch, dem Direktor des Botanischen Gartens, stand insbesondere die Finanzierung der dringend notwendigen Sanierung des denkmalgeschützten Mittelmeerhauses im Fokus. Das historische Gewächshaus ist ein zentraler Bestandteil des kulturellen und naturwissenschaftlichen Erbes Berlins und zugleich von herausragender Bedeutung für die Forschung und internationale Zusammenarbeit.

Adrian Grasse unterstützt ausdrücklich die Bewerbung des Botanischen Gartens um Mittel aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes. Mit diesem Programm fördert der Bund den Erhalt bedeutender Kulturdenkmäler von nationaler Bedeutung, insbesondere bei akutem Sanierungsbedarf. Die beantragten Mittel sollen

für notwendige Notsicherungsmaßnahmen eingesetzt werden, um den langfristigen Erhalt des Mittelmeerhauses zu sichern.



Informationen zum Mittelmeerhaus des Botanischen Gartens:

<https://www.bgbm.org/de/vermietungen/mittelmeerhaus>

Informationen über die Denkmalschutz-Sonderprogramme des Bundes:

<https://kulturstaatsminister.de/denkmal-und-kulturgutschutz/denkmalschutz/denkmalschutz-sonderprogramm#>

Bundesförderung für kommunale Sportstätten: Chancen für Steglitz-Zehlendorf

Erstmals stellt der Bund Fördermittel für das neue Programm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ (SkS) zur Verfügung. Im aktuellen Projektauftrag sind im Wirtschaftsplan des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität 333 Millionen Euro vorgesehen. Insgesamt sollen in dieser Legislaturperiode bis zu einer Milliarde Euro für die Modernisierung kommunaler Sportanlagen bereitgestellt werden („Sportmilliarde“).

Gefördert werden können die umfassende bauliche Sanierung öffentlich zugänglicher Sporthallen sowie Hallen- und Freibäder. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der energetischen Sanierung, um Sportstätten zukunftsfähig, klimafreundlich und wirtschaftlich zu machen. Da-

rüber hinaus können auch Sportfreianlagen, etwa Kunst-
rasenplätze, saniert oder umgebaut werden. Bis zum 15.
Januar 2026 konnten Städte und Gemeinden Projektskiz-
zen einreichen. Die Auswahl der Projekte, die im Rahmen
des Programms eine Förderung erhalten, erfolgt durch
den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages.
Auch Steglitz-Zehlendorf soll von dem Programm pro-
fitieren. Als Wahlkreisabgeordneter unterstützt Adrian
Grasse die Bewerbung der bezirklichen Projekte, die von
Malgorzata Sijbrandij, der Bezirksstadträtin für Bildung,
Kultur und Sport in Steglitz-Zehlendorf, für eine Förde-
rung durch den Bund angemeldet wurden.

So wurden in der ersten Runde bereits Projektskizzen für
den Neubau der Gymnastikhalle in der Mühlenstraße,
den Neubau der Umkleidegebäude auf der Ernst-Reuter-
Sportanlage sowie die Neugestaltung der Sportanlage
in der Kreuznacher Straße/Schildhornstraße eingereicht.
Sport ist mehr als nur ein Freizeitvergnügen. Er fördert die
Gesundheit, schafft ein Gemeinschaftsgefühl und bringt
Generationen zusammen. Sportstätten sind daher auch
kein Luxus, sondern ein wichtiger Teil der bezirklichen
Infrastruktur. Leider besteht auch bei vielen Anlagen in
Steglitz-Zehlendorf ein deutlicher Sanierungsbedarf, und
genau hier setzt das Bundesprogramm an. Mit der so-
genannten „Sportmilliarde“ stellt die unionsgeführte Bun-
desregierung zusätzliche Mittel zur Verfügung, um den
Investitionsstau bei kommunalen Sportstätten aufzulösen
und den Breitensport nachhaltig zu stärken.

Austausch zur angespannten Lage der Fahrschulen



Auf Initiative von Tom Cywinski, MdA, fand in dessen
Bürgerbüro ein Austausch zur aktuellen Situation der
Fahrschulen statt, an dem auch der Bundestagsabgeord-
nete Adrian Grasse teilnahm. Ziel des Treffens war es,
von den derzeitigen Herausforderungen der Branche aus
erster Hand zu erfahren und mögliche politische Lösungs-
ansätze zu diskutieren.

Vor Ort waren Murat Çetinkaya von der Fahrschule Berli-
na, Herr Ackerschewski vom Fahrlehrerverband e. V. so-
wie mehrere Fahrschulinhaber. Sie schilderten eindrück-
lich die derzeit äußerst angespannte wirtschaftliche Lage
vieler Fahrschulen. Steigende Energie-, Fahrzeug- und
Personalkosten, verschärfte regulatorische Vorgaben
sowie ein zunehmender bürokratischer Aufwand setzen
die Betriebe massiv unter Druck. Gleichzeitig ist die Zahl
der Fahrschülerinnen und Fahrschüler rückläufig, was die
wirtschaftliche Situation weiter verschärft.

Ein weiterer zentraler Punkt des Gesprächs war die deut-
liche Verteuerung des Führerscheins in Deutschland. Die
Kosten liegen inzwischen weit über dem europäischen
Durchschnitt und stellen für viele junge Menschen eine
erhebliche finanzielle Hürde dar. Dies wirkt sich nicht nur
auf die Nachfrage aus, sondern verschärft auch die wirt-
schaftlichen Probleme der Fahrschulen. Die Dringlichkeit



[https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/auf-
rufe/aktuelle-meldungen/sks.html](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/auf-rufe/aktuelle-meldungen/sks.html)

des Themas spiegelt sich zunehmend auch in der öffentlichen Berichterstattung wider.

Vor diesem Hintergrund wurden auch die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung eingeordnet. Ankündigungen, das Führerscheinsystem zu modernisieren, Prüfungsverfahren zu reformieren und digitale Prozesse zu stärken, greifen aus Sicht der Branche bislang noch zu kurz. Gefordert werden wirksame Entlastungen für die Betriebe sowie konkrete Schritte zur Kostenbegrenzung für Fahrschülerinnen und Fahrschüler.

Die Abgeordneten Adrian Grasse und Tom Cywinski betonten, wie wichtig der direkte Austausch mit den Betroffenen vor Ort ist. Nur durch den Dialog mit der Branche ließen sich aus ihrer Sicht tragfähige Lösungen entwickeln. Sie sagten zu, die vorgetragenen Anliegen in die parlamentarische Arbeit einzubringen, sich für praxisnahe Verbesserungen einzusetzen und den konstruktiven Austausch fortzusetzen.

Neujahrsempfang der CDU Steglitz-Zehlendorf



Zum Auftakt des Wahljahres 2026 lud die CDU Steglitz-Zehlendorf am 16. Januar zu ihrem traditionellen Neujahrsempfang ein. Zahlreiche Gäste folgten der Einladung in das Brixen, den ehemaligen Bahnhof in der Anhalterstraße in Zehlendorf, um gemeinsam bei Snacks, Getränken und musikalischer Begleitung in das neue politische Jahr zu starten. Der Kreisvorsitzende Stephan Standfuß begrüßte die Gäste herzlich und eröffnete den Abend. Vor Ort waren sowohl Vertreterinnen und Vertreter der Bezirks- und Landes- als auch der Bundespolitik.

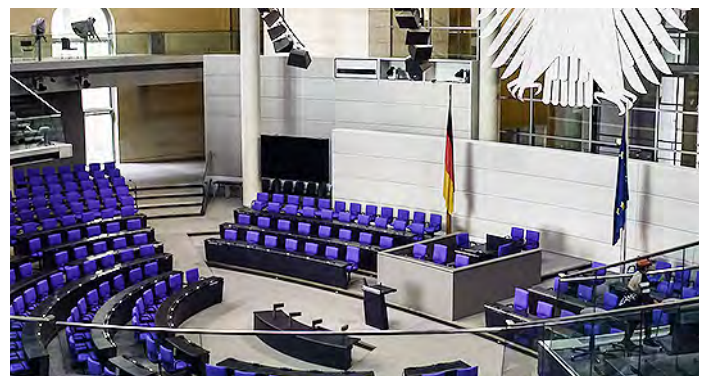
Als Ehrengäste des Abends stimmten der Finanzsenator Stefan Evers und der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Dirk Stettner, die Anwesenden auf die kommenden Monate ein. Beide machten deutlich, dass es in diesem entscheidenden Wahljahr vor allem auf Geschlossenheit und eine klare inhaltliche Aus-

richtung ankommt. Mit einem engagierten Team, großartigen Kandidatinnen und Kandidaten, starkem Zusammenhalt und einer klaren politischen Agenda ist die CDU für die bevorstehenden Aufgaben bestens gerüstet. Die Weichen sind gestellt, damit das Berliner Wahljahr 2026 für die CDU und den Kreisverband Steglitz-Zehlendorf ein erfolgreiches wird.



Ein großer Dank gilt allen, die an der Organisation dieses gelungenen Abends mitgewirkt haben und mit ihrer täglichen Arbeit seit Jahren maßgeblich zum positiven Auftreten der CDU im Bezirk beitragen.

Jetzt bewerben: Planspiel „Jugend und Parlament“ 2026



Vom 6. bis zum 9. Juni 2026 findet im Deutschen Bundestag erneut das beliebte Planspiel „Jugend und Parlament“ (JuP) statt. Insgesamt 355 Jugendliche im Alter von 17 bis 20 Jahren haben dabei die Gelegenheit, für vier Tage selbst in die Rolle von Bundestagsabgeordneten zu schlüpfen und den parlamentarischen Alltag hautnah zu erleben – von Fraktions- und Landesgruppensitzungen über die Arbeit in den Ausschüssen bis hin zu Debatten im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes.

Das Programm bietet nicht nur umfassende Einblicke in die Arbeitsweise des Parlaments, sondern zeigt auch, wie politische Entscheidungen entstehen. Im Rahmen eines simulierten Gesetzgebungsverfahrens werden fiktive Gesetzesentwürfe erarbeitet, diskutiert und verabschiedet. Dabei vertreten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

nicht ihre eigenen politischen Positionen, sondern sie erhalten vorab ein zugelostes Abgeordnetenprofil, auf dessen Grundlage sie debattieren.

Als Abgeordneter hat Adrian Grasse die Möglichkeit, eine Teilnehmerin oder einen Teilnehmer aus seinem Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf zu nominieren.

Interessierte Jugendliche richten ihre Bewerbungen bitte per Mail an adrian.grasse@bundestag.de
Mehr Informationen zum Planspiel „Jugend und Parlament“ 2026:

<https://www.mitmischen.de/misch-mit/planspiele/planspiel-jugend-und-parlament/wenn-die-jugend-das-parlament-uebernimmt>

Save The Date



Diskussionsabend mit dem
Historiker Prof. Dr. Andreas Rödder,
Leiter der Denkfabrik R21 und ehemaliger Vorsitzender der CDU-Grundwertekommission, über den gesellschaftlichen Wandel in Krisenzeiten, „rote Linien“ im Umgang mit der AfD sowie das Selbstverständnis des bürgerlichen Konservatismus.

Wann:

Donnerstag, 19. März 2026, 19:00 Uhr

Wo:

Deutscher Bundestag

Bitte merken Sie sich den Termin schon jetzt vor.



Kontakt:

Adrian Grasse, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227 75460
E-Mail: adrian.grasse@bundestag.de